

Rheinfelder Montagsdemo



Liebe Montagsdemonstrantinnen und Montagsdemonstranten, ich begrüße Euch zur 279. Montagsdemonstration!

Zur 279. Montagsdemo, am 7. Juni, eröffnet Irene mit Ihrer Rede den Reigen der Redner!

Generalangriff auf die Bevölkerung

Seit Sonntag tagte die krisengeschüttelte Koalition. Es ging darum, wie sie die Kosten der Weltwirtschaftskrise und vor allem die Milliarden an die Banken und Konzerne aus der Bevölkerung heraus pressen will. Insgesamt 51 Milliarden bis 2016. Ganz offiziell wurde das als „Taktik Wechsel in der Haushaltspolitik“ von Angela Merkel und Guido Westerwelle vorgestellt. Bisher sind von folgenden Maßnahmen beschlossen.

- Streichung der Rentenbeiträge des Bundes für Hartz-IV-Empfänger
- Streichung der Ausgleichszahlungen für Erwerbslose beim Übergang vom Arbeitslosengeld I zum Arbeitslosengeld II.
- Für Hartz-IV-Empfänger soll das Elterngeld gestrichen werden.
- Die Bemessungsgrundlage zur Berechnung des Elterngeldes soll von 2700 auf 1800 Euro zurückgenommen werden. Das trifft den Großteil der Familien mit durchschnittlichem Einkommen.
- Wegfallen soll der Heizkostenzuschuss für Wohngeldempfänger, weil sich angeblich die Energiekosten normalisiert hätten.
- Die Wohnungsbauprämie von 45 Euro bei Alleinstehenden und 90 Euro pro Jahr bei Ehegatten soll auslaufen.
- Die Bezüge der Bundesbeamten sollen um 2,5 Prozent gekürzt werden.
- 15.000 Arbeitsplätze im Öffentlichen Dienst sollen vernichtet werden.

Geradezu unverschämt belehrt die Kanzlerin uns: Ein Haushalt kann nun mal nicht mehr ausgeben, als er einnimmt. Das hätte sie uns vor einem Jahr mal sagen sollen: Die Hilfen für die Banken und die Stabilisierung des Euro in der Weltwirtschafts- und Finanzkrise haben hunderte Milliarden verschlungen. Die offizielle Neuverschuldung beträgt allein dieses Jahr 80 Milliarden. Ein unhaltbarer Zustand, der kommende Generationen in Zinsknechtschaft bringt. Angela Merkel und Guido Westerwelle wollen nun den Eindruck erwecken, als ob sie jetzt im Interesse künftiger Generationen umsteuern würden. Es ist frech, wenn sie behaupten, dass "alle Schichten der Bevölkerung gleichermaßen" zur Kasse gebeten werden. Die Atomindustrie muss eine „Brennelementesteuer“ bezahlen. Und für diesen symbolischen Betrag darf sie unbegrenzt die Laufzeiten der Atomkraftwerke verlängern und mit dieser lebensgefährlichen Technik die Bevölkerung bedrohen und noch gigantische Profite scheffeln.

Neue Politiker braucht das Land! Mach mit! Auf zur Montagsdemo!

Jeden Montag - 18.00 Uhr - Oberrheinplatz

Rheinfelder Montagsdemo



Die verschärften Umverteilungspläne werden kein „Befreiungsschlag“ sein. Sie werden den aktiven Widerstand erst recht herausfordern. Nicht nur die Schüler und Studenten, die übermorgen Bildungsproteste organisieren, nicht nur die Opelner, die heute in Frankfurt für ihre Arbeitsplätze demonstrieren, nicht nur die Montagsdemos, die heute der Regierung den Kampf ansagen, die ganze Masse der Arbeitslosen und der Beschäftigten, die Gewerkschaften und Sozialverbände werden herausgefordert sein, den Widerstand zu organisieren. Am Freitag haben bei einer Umfrage des ZDF-Politbarometers 63 Prozent der Bevölkerung die Kürzung von Hartz-IV abgelehnt. Besonders deutlich wandten sich die Befragten gegen Kürzungen in den Bereichen Rente (91 Prozent), Gesundheit (86 Prozent) und Familienförderung (84 Prozent).

DGB-Chef Michael Sommer erklärte zu Recht: *„Man merkt die Absicht: Man will bei den ganz Armen rein, um die Großen zu schonen. Das ist eine Geschichte, die nicht geht und die wir auch nicht mitmachen werden.“* Die Gewerkschaft Verdi hat bereits Proteste angekündigt.

Die SPD-Opposition moniert nun die „soziale Schieflage“. Sie denkt wohl, wir hätten ein kurzes Gedächtnis und vergessen, dass es die Schröder-Fischer-Regierung war, die 2004 die Richtung mit der Agenda 2010 eingeschlagen hat, die jetzt die schwarz/gelbe Koalition verschärft fortsetzt. Die SPD-Spitze kündigt an, man werde gegen die Pläne „Sturm zu laufen“. Nach allen Erfahrungen ist ein Stürmchen im Wasserglas zu erwarten. Das verrät schon ihre größte Sorge, nämlich dass *„der sozialen Frieden gefährdet“* wird. Und den will die SPD retten. Aber der soziale Frieden mit dem Kapitalismus ist unvereinbar mit dem aktiven Volkswiderstand.

Die Bevölkerung hat eine Alternative: Die Krisenlasten sollen die Banken und Konzerne bezahlen. In diese Richtung gehen auch die Demonstrationen am 12. Juni in Berlin und Stuttgart unter der Losung „Wir zahlen nicht eure Krise“.

Eine Sozialsteuer von 6% auf den Umsatz der Unternehmen könnten alle Sozialbeiträge finanzieren könnte. Wenn es der Regierung ehrlich darum ginge die Lasten nicht einseitig auf die Massen abzuwälzen, dann könnte sie ja sofort das „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ vom letzten Herbst (Mövenpick-Steuererleichterung) kippen und 5,6 Milliarden kommen mehr rein! Dann könnte sie die Vermögenssteuer wieder einführen, die 1996 bereits neun Mrd. DM einbrachte!

Neue Politiker braucht das Land! Mach mit! Auf zur Montagsdemo!

Jeden Montag - 18.00 Uhr - Oberrheinplatz